

Bern, 2. Februar 2015

## **Lehrplan 21: Handlungsbedarf in den Kantonen**

**Der Lehrplan 21, der von der D-EDK für die Kantone frei gegeben wurde, bringt erstmals einen gemeinsamen Lehrplan für die Deutschschweiz. Die Harmonisierung des Schulwesens entspricht dem Auftrag der Bundesverfassung. Für eine schülergerechte Einführung des Lehrplans 21 müssen die Kantone in die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte und in Stundentafeln für fächerübergreifendes Lehren und Lernen investieren.**

Der Harmonisierungsauftrag der obligatorischen Schule von Art. 62 der Bundesverfassung ist erst erfüllt, wenn die Kantone bei der Umsetzung in die schülergerechte Praxis investieren: in Stundengefässe für fächerübergreifendes Lehren und Lernen, in die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte, in neue attraktive und erlebnisorientierte Lehrmittel und in die Entwicklung der Schulen als Lebenswelt der Kinder.

### ***Stundentafeln und Weiterbildung für fächerübergreifendes Lehren und Lernen***

Die Bildungscoalition NGO fordert die Kantone auf, bei den Stundentafeln Gefässe für fächerübergreifenden Projektunterricht mit Jahresthemen, Themenwochen oder -tagen etc. zu schaffen. Die Kantone sollen bei der Empfehlung zu den Stundentafeln den fächerübergreifenden Projektunterricht fördern. Zum Umsetzungsauftrag in den Kantonen gehört eine seriöse Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte für die sog. Integrationsfächer wie Geografie und Geschichte, für die Berufliche Orientierung, Medien & Informatik und für die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung mit mindestens 15 ECTS. Die Ausbildungsabschlüsse sind im Anerkennungsreglement der EDK zu aktualisieren.

### ***Bildungsstandards für politische Bildung und Kinderrechte schaffen***

Die EDK hat nationale Bildungsstandards und Förderinstrumente<sup>1</sup> zur politischen Bildung zu entwickeln, um demokratische Werte, die freie Meinungsäusserung und die Mitsprache der Kinder in allen Kantonen zu gewährleisten. Dies entspricht einerseits einem breiten politischen Konsens und der öffentlichen Meinung: Eine Offensive der politischen Bildung, der Menschenrechte und der Meinungsäusserungsfreiheit wird gemäss einer GfS Studie<sup>2</sup> von 77% der Stimmberechtigten befürwortet. Andererseits sind die Artikel der UN-Kinderrechtskonvention geltendes Recht und direkt anwendbar in der Schweiz. Die EDK muss sie für die Schülerinnen und Schüler garantieren. Das gilt insbesondere für das Recht auf Nichtdiskriminierung (Art. 2) und auf freie Meinungsäusserung (Art. 12), sowie die Pflicht, Kindern ihre Rechte zu erklären (Art. 42).

### ***Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken***

Die Bildungscoalition NGO begrüsst die Verankerung der fächerübergreifenden Bildung für eine nachhaltige Entwicklung als Grundlage des Lehrplans 21. Der Unterricht soll sich gemäss Lehrplan 21 an den didaktischen Prinzipien der Zukunftsorientierung, dem vernetzten Lernen und der Partizipation der Schülerinnen und Schüler messen. Damit diese Ziele in der Schulpraxis gelebt werden können, ist die EDK aufgerufen, den auslaufenden Massnahmenplan Bildung für nachhaltige Entwicklung 2007-2014 zu erneuern und – gestützt auf die internationalen Beschlüsse der UNESCO – für die Umsetzung der Lehrpläne auf allen Bildungsstufen zu aktualisieren.

### ***Schulen als Lerngemeinschaft nachhaltig entwickeln***

Die Bildungscoalition NGO betont, dass die Schule als Lebenswelt für die Kinder einen Erlebnisraum bieten soll, der über den Kompetenzerwerb des Lehrplans hinausführt. Die Lerngemeinschaft Schule ist ein wichtiger Teil einer Gemeinde, die wiederum zahlreiche Lerngelegenheiten für Kinder und Jugendliche bietet. Die EDK ist eingeladen, sog. lokale Bildungslandschaften flächendeckend in allen Kantonen zu stärken. Projekte der lokalen Bildungslandschaften verbessern die Zusammenarbeit der schulischen und ausserschulischen Akteure und erhöhen die Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen in einer Gemeinde.

<sup>1</sup> Bundesgesetz über Beiträge an gemeinsame Projekte von Bund und Kantonen zur Steuerung des Bildungsraums Schweiz (SR 410.1)

<sup>2</sup> GfS Studie Bausteine zur Stärkung des Schweizer Politsystems, 2014